



Bundeskanzleramt
Bundeskanzler Olaf Scholz

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

Vorab per E-mail an: poststelle@bundesregierung.de

Berlin, den 23. Juni 2022

Welternährungskonferenz in Berlin: Zivilgesellschaftliche Forderungen an die Politik für ein Ende der globale Ernährungs Krise

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

der russische Angriffskrieg hat nicht nur unerträgliche direkte Folgen für die Menschen in der Ukraine, sondern betrifft hunderte Millionen Menschen weltweit. Insbesondere verstärken die Kriegsfolgen Armut und Hunger in Ländern des globalen Südens.

Als soziale Bewegungen, entwicklungspolitische, Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen ist es unser Auftrag, die Betroffenen in den Fokus rücken, die angesichts unseres Erschreckens über einen Krieg mitten in Europa drohen übersehen zu werden.

Wir begrüßen es sehr, dass Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser globalen Krise Verantwortung übernehmen – auch als Champion der Global Crisis Response Group des UN-Generalsekretärs sowie als Vorsitzender der G7. Wir wissen, wie wichtig eine gute Koordinierung innerhalb der Bundesregierung und der internationalen Staatengemeinschaft ist. Mit der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Außenpolitik auf Basis der Menschenrechte sehen wir grundsätzlich eine gute Grundlage gelegt. Bitte nutzen Sie diese weise.

Seit nunmehr fünf Jahren steigt die Zahl der hungernden Menschen weltweit an, allein während der Corona-Pandemie um bis zu 160 Millionen. Laut [Welternährungsorganisation](#)

[FAO](#) haben sich die Preise für Grundnahrungsmittel in den letzten zwei Jahren bis Februar 2022 um 40 Prozent, und infolge des Krieges noch weiter stark erhöht. Eine Verschärfung der Hungerkrise ist nach Angaben der Vereinten Nationen zu befürchten. Besonders betroffen sind importabhängige Länder im Nahen Osten und verschiedene afrikanische Länder, die bis zu 90 Prozent ihres Weizens importieren.

Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Recherche von [Lighthouse Reports](#), wie Banken ihren Anlegern zu Beginn des Krieges nahelegten, in Agrarfonds zu investieren und auf steigende Lebensmittelpreise zu wetten. Im April dieses Jahres hatten demnach zwei der wichtigsten börsengehandelten Agrarfonds Nettoinvestitionen in Höhe von 1,2 Milliarden USD angezogen, sechs Mal so viel wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Als Antwort auf die globalen Folgen des Ukraine-Krieges ist Nothilfe unerlässlich – sie alleine kann jedoch nicht die Lösung sein:

Die Ursachen für die Hungerkrise liegen auch in der europäischen Handelspolitik. Die von Weltbank, IWF und Geldgebern seit Jahrzehnten vorangetriebene Exportorientierung in von Hunger betroffene Länder ging zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion für die eigene Versorgung dieser Länder. Zudem hat Deutschland für die Absicherung von Europas hohem Energiebedarf in Ländern des Südens, bspw. mit Handelsabkommen wie den Economic Partnership Agreements, die Nutzung von Landflächen für den Export vorangetrieben, was die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten weiter vergrößert.

Herr Bundeskanzler, dieser Krieg verlangt in seiner globalen Dimension entscheidende, global koordinierte Veränderungen, um den beschriebenen Auswirkungen entgegenzuwirken.

Hungernde Menschen haben, wie alle anderen Menschen, verbrieft Rechte, wozu auch das Recht auf Nahrung nach Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gehört.

Hilfe in der Not und strukturelle Veränderungen zur Beseitigung der Ursachen von Hunger sind kein beliebig einsetzbares Instrument, sondern eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung. Dieses Recht durchzusetzen, bedarf des politischen Willens von Regierungen.

Ein global vernetztes Handeln im Rahmen bestehender Strukturen wie dem Welternährungsausschuss (CFS) bietet hierfür die beste Grundlage. Denn der CFS ist mit der globalen Koordinierung von Ernährungsfragen mandatiert und ermöglicht die Beteiligung armer Länder und Vertreter:innen der von Hunger besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen, wie Kleinbäuer:innen, Kinder, Frauen oder Indigene Gruppen. Mit Sorge betrachten wir hingegen das neue Bündnis für Ernährungssicherheit mit prominenter Rolle der G7 und der Weltbank – beides Institutionen mit starken Partikularinteressen statt Gemeinwohlorientierung. Sie werden dem Versprechen, sich für eine Stärkung der menschenrechtsbasierten, multilateralen Politik einzusetzen, nicht gerecht. Es sei denn, Sie sorgen mit Ihrer Unterstützung als Bundeskanzler und G7-Vorsitzender für eine **starke Aufwertung der Rolle des CFS**. Andernfalls drohen sich die Fehler im Umgang mit der Corona-Pandemie, wie der ungleiche Zugang zu Impfstoffen und Medikamenten und der damit einhergehende eklatante Vertrauensverlust, bei der Bekämpfung der Welthungerkrise zu wiederholen.

Wir bitten Sie daher die strukturpolitischen Hebel, welche die Bundesregierung in der Hand hat – auch im Rahmen der Global Crisis Response Group und der G7 – umzulegen. Das Menschenrecht auf Nahrung muss dafür der klar definierte Kompass sein und Vertreter:innen der von Hunger besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen müssen effektiv an den Diskussionen und politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Auch die von der Bundesregierung angekündigte Konferenz „Uniting for Global Food Security“ am 24. Juni in Berlin sollte ein starkes Signal in diese Richtung senden:

1. **Internationale Finanz- und Handelsarchitektur menschenrechtlich qualifizieren:**

- a. **Subventionen für Grundnahrungsmittel** dürfen nicht durch Vorgaben des Internationalen Währungsfonds beschnitten werden. Die Bundesregierung muss solchen Praktiken entgegenwirken.
- b. **Überprüfung und Anpassung der WTO Handelsregeln** und der Freihandelsabkommen, die im Widerspruch mit den Staatenpflichten unter dem Menschenrecht auf Nahrung sowie dem Ziel der Ernährungssouveränität stehen. Insbesondere Staaten des globalen Südens müssen ein Recht darauf haben, ihre lokalen Märkte wirksam gegen Billigimporte zu schützen.
- c. **Umfassender Schuldenerlass.** Die Bundesregierung soll sich für ein internationales Staateninsolvenzverfahren stark machen, um die Handlungsspielräume armer Staaten für sozialpolitische und menschenrechtsbasierte Politiken zu erhöhen.

2. **Agrarmärkte am Prinzip „Food First“ ausrichten** (Primat der Ernährung vor anderen ökonomischen Interessen):

- a. Effektive **Überwachung und Regulierung der Agrarrohstoffmärkte** durch eine Aussetzung von Agrarfinanzgeschäften in Krisenzeiten sowie die Einführung von Handelslimits, um negativen Auswirkungen von Nahrungsmittelspekulation und spekulativer Lagerhaltung zügig entgegenwirken zu können.
- b. **Reduktion des Anbaus und Verbrauchs von Futtermitteln.** Die auch in Deutschland notwendige Reduzierung der Tierhaltung muss einhergehen mit einem vom Staat finanziell unterstütztem Umbauprogramm der Ställe, um die Bäuer:innen auch wirtschaftlich auf dem Weg für eine flächendeckend artgerechte Tierhaltung mitzunehmen.
- c. **Senkung des Verbrauchs von Getreide und Ölsaaten als Energieträger** und eine sofortige **Aussetzung der Beimischungsquoten.**

3. **Spielraum für Sozialpolitik weltweit verbessern:**

- a. **Finanzielle Mittel für soziale Sicherungssysteme** müssen verstärkt durch Deutschland und internationale Geber aufgestockt werden, um armen Menschen den Kauf von Grundnahrungsmitteln auch bei starken Preisanstiegen zu ermöglichen. Dazu muss endlich ein globaler Fonds für soziale Sicherung geschaffen werden.

4. **Förderung einer agrarökologischen kleinbäuerlichen Produktion** in den Ländern des globalen Südens als Anpassungsmaßnahme an die Klimakrise und als Mittel gegen den Hunger vor Ort. Zudem muss eine **Reduktion der Abhängigkeiten** von globalen Wertschöpfungsketten erfolgen – von Grundnahrungsmitteln, Düngemitteln und Energie – hin zu echten wirtschaftlichen Diversifizierungsstrategien, bei denen lokale Ernährungssysteme und Menschenrechte im Mittelpunkt stehen.
5. **Völkerrechtliche Instrumente in Anwendung bringen:**
- a. **Umsetzung der UN-Erklärung** zu den Rechten von Kleinbäuer:innen und verstärktes Engagement zur Umsetzung der UN Landleitlinien, um Zugang zu Land und Landreformen zu beschleunigen.
 - b. **Schutzmaßnahmen gegen Landnahme** in den Ländern des globalen Südens. Dazu gehört die Beendigung öffentlicher Kredite, Bürgschaften und weiterer öffentlicher Förderung für großflächige Agrar- und Bergbauinvestitionen auf Kosten kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

Wir würden uns freuen, mit Ihnen zu diesen Anliegen ins Gespräch zu kommen.

Für die Kontaktaufnahme können Sie sich gern an Medico International, Frau Anne Jung wenden, E-Mail: jung@medico.de.

Hochachtungsvoll,

die hier zeichnenden Organisationen:

ADRA Deutschland e. V.

Christian Molke, Geschäftsführer

afrique-europe-interact

Volker Mörchen, Geschäftsführung

Agrarkoordination

Jana Zotschew, Referentin mit geschäftsführenden Aufgaben

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche
Landwirtschaft (AbL)**

Georg Janßen, Geschäftsführer

Deutsche Umwelthilfe



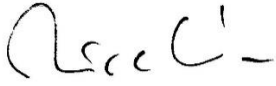
Sascha Müller-Kraenner, Geschäftsführer

FIAN Deutschland



Philip Mimkes, Geschäftsführer

Forum Umwelt und Entwicklung



Jürgen Maier, Geschäftsführer

medico international



Anne Jung, Mitglied der
Geschäftsführung

Weltfriedensdienst e.V.



Judith Ohene, Geschäftsführerin

World Vision Deutschland e.V.



Christoph Waffenschmidt,
Vorstandsvorsitzender